

Backbord



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel

Die Osterbotschaft der Rüstungsindustrie:

„Wehrtechnik bleibt ein Wachstumsmarkt“

Die deutschen Rüstungskonzerne sehen optimistisch in die Zukunft. Denn sie rechnen fest mit einem Anstieg der Rüstungsausgaben in aller Welt, vor allem in den „aufstrebenden Schwellenländern“. So der Chef der Rheinmetall AG, Klaus Eberhardt: Um 22 Prozent werden nach seinen Angaben die Ausgaben für Beschaffung von Waffen und neuen Geräten im Rüstungsetat der „65 Länder mit den größten Verteidigungsbudgets“ steigen. Da scheint es nicht so schlimm, wenn die entsprechenden Ausgaben in Europa und den USA zurückgehen sollten.

Eine gute Nachricht für die Lohnabhängigen?

Nun, in Kiel sind mehr als 500 Kolleginnen und Kollegen bei Rheinmetall Landsysteme beschäftigt. Ihre Jobs sind zur Zeit nicht in Gefahr. Prototypen für gepanzerte Fahrzeuge, die in Suchsdorf gefertigt werden, werden immer wieder gebraucht. Der neue Schützenpanzer der Bundeswehr mit dem schönen Namen „Puma“ – immer noch in der von den Nazis begründeten Tradition, die Kampfpanzer in Diensten des deutschen Imperialismus nach Raubkatzen zu benennen – soll nicht der letzte bleiben. Daneben wird ein Minen- und Kampfmittelräumsystem entwickelt, das im

Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan zum Einsatz kommen soll.

Kritiklos im Schlepptau des deutschen Militarismus?

In unserer Stadt ist der Militarismus allgegenwärtig, viele Arbeitsplätze hängen ab von der Profiterwartung der Rüstungskonzerne. Besonders im maritimen Bereich. ThyssenKrupp konzentriert sich wieder ganz auf den Bau von Kriegsschiffen und U-Booten. Die Lieferung erfolgt ohne Skrupel auch in Krisen- und Kriegsgebiete. Das hoch verschuldete Griechenland wurde zur Abnahme von U-Booten als Voraussetzung weiterer Kreditgewährung gedrängt. Zur Zeit soll vor allem die israelische Kriegsmarine beliefert werden.

Die Beschäftigten des Marinearsenals freuen sich, dass im Zuge der Bundeswehrreform nun doch nicht alle ihre Arbeitsplätze in Kiel wegfallen sollen. Sie kämpfen weiter um den Erhalt so vieler Arbeitsplätze wie möglich. Das ist vollkommen verständlich. Bedauerlich nur, dass sie den Sinn ihres Tuns, ihrer Dienstleistung für einen Militärapparat, der sich auf den verstärkten und effektiveren Einsatz in aller Welt vorbereitet, nicht oder nicht konsequent in Frage stellen.

Mehr als bedauerlich, wenn Gewerkschaftsorganisationen ihnen hier auch keine Orientierung geben, die die Umstellung auf Friedensproduktion zum Inhalt hat. Nicht hinzunehmen, dass sie sich teilweise der Logik und den Argumenten der Militaristen unterwerfen.

So die IG Metall:

„Der Kuchen wird künftig kleiner werden. Auch wenn bislang noch unklar ist, welche Beschaffungen entfallen und auf welche militärischen Fähigkeiten verzichtet werden soll, so besteht über die Aussichten auf den europäischen Absatzmärkten keinerlei Illusion. Alle Hoffnungen in der Branche zielen deshalb auf die Wachstumsmärkte außerhalb Europas. Tatsächlich planen einige Schwellenländer milliardenschwere Beschaffungen von Marineeinheiten. Bei diesem Rennen werden längst nicht alle europäischen Anbieter zum Zuge kommen können.

Was tun in dieser Situation? Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen für die Beschäftigten im europäischen Schiffbau hat für die IG Metall oberste Priorität. (...) Wir fordern:

– Bundeswehraufträge tragen zum Erhalt der international herausgehobenen wehrtechnischen Kernfähigkeiten auf dem Gebiet des Marineschiffbaus und der Marinetchnik bei.

Dies sowohl bei den Finalproduzenten als auch bei den Zulieferern. Der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau ist für die IG Metall von nationaler Bedeutung. In den Hauptsegmenten des deutschen Marineschiffbaus, den nicht atomaren U-Booten, den Fregatten und Korvetten und darüber hinaus den Spezialschiffen, wie Forschungsschiffe, Einsatzgruppenversorger beziehungsweise Küstenpatrouillenboote etc., gilt es, technologisch sowohl für die Einsatzfähigkeit der deutschen Marine als auch für die Exportfähigkeit der jeweiligen Produkte eine leistungsfähige Basis sicherzustellen. “ (Vorwort zu „Branchenreport: Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“, Dez. 2010.)

So ver.di in Kiel:

„Die Sicherheit Deutschlands als größte Industrie- und Handelsnation Europas besitzt eine wichtige maritime Dimension. Die Sicherheit im 21. Jahrhundert ist angesichts der sicherheitspolitischen

Herausforderungen und zunehmender Marktverflechtungen aller Lebensbereiche global angelegt. Unser Globus ist zu 7/10 mit Wasser bedeckt und bildet daher die gewaltige, alles umfassende und unzerstörbare maritime Rollbahn zur Projektion wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Einflussnahme. Die Bedarfe, Erfordernisse und Herausforderungen der Marine ... sind hinreichend bekannt. Zur Bewältigung dieser Bedarfe und Erfordernisse sowie zur Überwindung der Herausforderungen braucht die Marine eine hoch kompetente und zuverlässige Dienstleistung. Diese Dienstleistung stellen und erbringen die Marinearsenalbetriebe an Nord- und Ostsee.“ (Gemeinsame Erklärung des fürs Arsenal zuständigen ver.di-Fachbereichsvorsitzenden Frank Hornschu und des SPD-Politikers Rolf Fischer vom 27. Juli 2011.)



Es bleibt dabei: Wir sagen Nein!

Solche Äußerungen stehen im Widerspruch zu den Beschlüssen vieler Konferenzen und Gewerkschaftstage. Auch die Behauptung des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, es sei „für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird“ (Bsirske an CDU-Generalsekretär Gröhe) entspricht keineswegs den Tatsachen, richtet sich gegen die Aktivitäten vieler ver.di-Gliederungen und der GEW z. B. gegen Bundeswehrwerbung in Schulen.

Torsten Albig – Hoffnungsträger

... für die Kriegsmarine! Der möglicherweise kommende Ministerpräsident Schleswig-Holsteins drückte seine vorgebliche Solidarität mit den Beschäftigten des Arsenalts so aus: „Wenn wir eine einsatzbereite Marine wollen, brauchen wir funktionsfähige Marinearsenale in Kiel und Wilhelmshaven.“

Das ist der Punkt:

Wir wollen keine einsatzbereite Kriegsmarine! Wir wollen keine Bundeswehreinsätze in aller Welt!

Heißt das nun, dass uns der Arbeitsplatzverlust betroffener Kolleginnen und Kollegen, dass uns die Verteidigung von Arbeitsplätzen in den Rüstungsschmieden egal ist? – Keineswegs! Aber wir appellieren an die arbeitenden Menschen im Marinearsenal, auf der Werft und anderswo: Lasst euch in eurer Angst um eure Arbeitsplätze nicht zu Handlangern imperialistischer Politik machen! Kämpft für den Erhalt eurer Betriebe durch öffentliche Aufträge unabhängig von der Bundeswehr! Kämpft gemeinsam, gewerkschaftsübergreifend für die Umstellung auf Friedensproduktion! Gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung. Kämpft für weitere Schritte der

Arbeitszeit-verkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich mit dem Ziel der 30-Std.-Woche!

Das ist leichter gesagt, als getan. Aber es muss getan werden. Dieser Kampf muss organisiert geführt werden. Wenn der DGB und die Einzelgewerkschaften ihre Appelle für eine Welt ohne Kriege, wie sie sich auch in Aufrufen des DGB zum Antikriegstag, zum Ostermarsch usw. finden, ernst meinen, dann muss sich diese Ernsthaftigkeit auch im Kampf für sinnvolle Arbeit im Interesse der arbeitenden Menschen, im Geiste internationaler Arbeitersolidarität beweisen.

Die Genossinnen und Genossen der DKP stehen im Kampf um sichere Arbeitsplätze fest an der Seite der Kolleginnen und Kollegen in den Kieler Betrieben. Wir haben hier die Kritik an bestimmten gewerkschaftlichen Positionen, die wir auch auf Gewerkschaftsversammlungen vorgebracht haben, hervorgehoben, weil wir überzeugt sind, dass sie diesem Kampf nicht nutzen, sondern schaden, dass sie die notwendige Solidarität nicht fördern, sondern untergraben. Unsere Gewerkschaften sind die größten Organisationen der arbeitenden Menschen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden.

Text: dl

Stilllegung der Kieler U-Boot-Produktion für Israel gefordert

In seinem Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch protestiert das Kieler-Friedensforum gegen den Bau und die Lieferung von insgesamt drei U-Booten der Dolphin-Klasse an Israel. Dolphin-U-Boote können mit atomar bestückten Flugkörpern ausgerüstet werden. "Offen wird heute über einen militärischen Einsatz Israels gegen den Iran nachgedacht. Mit dem Export dieser U-Boote verschärft die Bundesregierung die Spannungen in dieser Region. Die Bundesregierung verstößt damit nicht nur gegen das Prinzip „Kein Waffenexport in Spannungsgebiete“, sondern verstößt auch gegen den

Atomwaffensperrvertrag. Verschärft sich der Konflikt mit dem Iran und kommt es zu kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region, so erhöht sich die Gefahr eines



israelischen Atomschlagess sprunghaft. Damit würde Deutschland Wegbereiter für einen Atomkrieg im Nahen und Mittleren Osten, der die Gefahr eines sich ausbreitenden weltweiten Infernos in sich birgt. Eine Befriedung dieser spannungsreichen Region verbietet jeglichen Waffenexport dorthin.“

Deshalb fordert das Friedensforum:

- sofortige Stilllegung der U-Boot-Produktion für Israel
- keine Auslieferung der U-Boote an Israel

HDW-Kiel, eine zum Rüstungskonzern ThyssenKrupp Marine Systems(TKMS) zugehörige Werft, präsentierte jüngst das größte bisher bei der HDW gebaute U-Boot für die israelische Marine. Ausgerüstet mit modernster Sonar- und Brennstoffzellentechnik soll es nach den Vorstellungen der israelischen Marine mit Flugkörpern ausgestattet werden, die auch eine Bestückung mit Nuklearsprengköpfen zulassen. Sie sind offensichtlich Teil eines Atomwaffenprogramms Israels und können bis weit in den indischen Ozean hinein operieren, also unerkannt Raketen bzw. Marschflugkörper aus unmittelbarer Nähe zum Iran abfeuern. Mit dem spannungsreichen Verhältnis von Waffenproduktion, Waffenexport auf der einen Seite und den Interessen der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie andererseits wird sich als ein Redner des Kieler Ostermarsches der Betriebsratsvorsitzende und IG Metalller Wolfgang Erdmann auseinandersetzen. Dabei wusste die IG Metall schon 1989: " Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen darf nicht als Argument gegen Abrüstung bzw. für mehr Rüstungsproduktion und Waffenexport missbraucht werden."

Nach Ansicht der DKP wird sich auch in der Frage Rüstungsproduktion oder Rüstungskonversion erst dann ein grundsätzliches Umdenken und ein Prozess des Politikwechsel in Gang kommen, wenn gerade die Gewerkschaften in Verbindung mit außerparlamentarischen

Bewegungen dies auf ihre Agenda setzen und politische Zeichen aussenden. Der Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein, in der "NATO-Festung Nord", mit der Konzentrierung von Marine und den zahlreichen Rüstungsbetrieben in Kiel, böte hierfür eine gute Gelegenheit.

Die DKP Schleswig-Holstein schlägt in ihrem Programm "Zukunft Schleswig-Holstein ", das für die Diskussion zur Landtagswahl (6.Mai) und für die Zeit danach herausgegeben wurde vor, in Schleswig-Holstein einen Verbund für Schiffbau, Meerestechnologie und Energiewirtschaft zu schaffen:

Die bestehenden Werften, Betriebe und Energieanlagenproduzenten sind dafür in öffentliches Eigentum zu überführen und entwickeln unter demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und weiterer Vertreter der Bevölkerung zukunftssträchtige Konzeptionen. Eine zentrale Aufgabe dieses Projekts besteht in der Entwicklung eines umfassenden Konversationsprogramms für die Bundeswehrstandorte und Rüstungsbetriebe des Landes. In der Entmilitarisierung und in der Friedensproduktion muss nach Auffassung der DKP die Zukunft Schleswig-Holsteins liegen.

Der Ostermarsch und der 1. Mai in Kiel und anderswo bieten gute Gelegenheiten, dieser Diskussion neue Impulse zu geben.

text: gst

V.i.S.d.P.: C. Kunze, DKP-Kiel, Stadtfelskamp 22, 24114 Kiel

Ich will mehr Infos über die DKP



Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: **DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18 45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**